



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Bodenfelde

An den
Rat der Gemeinde Bodenfelde

Fraktionsvorsitzender

Stefan Fiege
Pestalozzistr. 5
37194 Bodenfelde
Tel.: 05572 / 921006
Email: sfiege@gmx.de

07.04.2013

Antrag

gem. § 6 der Geschäftsordnung für den Rat (Dringlichkeitsantrag)

Der Rat der Gemeinde Bodenfelde möge beschließen, dass auch der Flecken Bodenfelde politisch Stellung zur weiterhin von der hessischen Kaliindustrie geplanten Salzeinleitung in die Weser Stellung bezieht und hierzu eine Resolution verabschiedet.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratsfrauen und –herren,

die hessische Kaliindustrie plant weiterhin die Salzeinleitung in die Weser. Derzeit sind u.a. Planungen im Gange, an der Oberweser Rückhaltebecken zu bauen und die Salzeinleitung zwischen den Gemeinden Gieselwerder und Lippoldsberg zu verwirklichen.

Da auch Bodenfelde von einer Salzeinleitung in die Weser unmittelbar betroffen ist, bisher aber politisch keine Stellung dazu bezogen hat, sind wir der Auffassung, dass es spätestens jetzt an der Zeit ist, auch politisch als Weseranrainer zu diesem Thema Stellung zu beziehen.

Wir fragen uns,

- ob unsere Bemühungen hinsichtlich des Aufbaus des Tourismus weiterhin Sinn machen, wenn über die Köpfe der Anrainer von einem anderen Bundesland Entscheidungen getroffen werden, die einen ökologischen, nicht wieder gutzumachenden Schaden, für die Weser und damit für die Ferienregion bedeuten?
- ob wir es hinnehmen müssen, dass ein an der Börse notiertes Global-Unternehmen seinen Aktionären hohe Dividenden beschert, aber für die Entsorgung seiner Produktionsrückstände die Umwelt zerstört und die Steuerzahler hierzu auch noch zur Kasse bittet? und
- wie sich ein solches Genehmigungsverfahren mit den europäischen Wasserrichtlinien verträgt?

Wir beantragen deshalb, dass der Bürgermeister bis zum 15.05.2013 dem Rat einen Resolutionsentwurf zum Beschluss vorlegt, mit welchem die niedersächsische Landesregierung aufgefordert wird, eine Mitsprache am Genehmigungsverfahren des Landes Hessen einzufordern und einem eventuellen Antrag zum Bau einer Pipeline bis zur Nordsee zuzustimmen. Der Bundesumweltminister und das Europäische Parlament sollen eine Abschrift dieser Resolution erhalten.

